

# Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Gugler

## Coronavirus

Pakistans Gesundheitsminister Zafar Mirza bestätigte am 29. Januar, dass erstmals vier pakistanische Studenten in China positiv auf COVID-19 getestet wurden. Mehr als 500 pakistanische Studierende hielten sich Ende Januar in der Stadt Wuhan in der Provinz Hubei auf, dem Epizentrum der Pandemie. Forderungen nach einer Evakuierung pakistanischer Staatsangehöriger aus Wuhan erteilte Mirza am 30. Januar eine Absage: „Wir glauben momentan, dass es im Interesse unserer geliebten Angehörigen in China ist, dass sie dort bleiben.“ Die ersten vier COVID-19-positiven Pakistaner wurden am 12. Februar als geheilt aus dem Krankenhaus entlassen. Innerhalb Pakistans hat Mirza die ersten beiden bestätigten Corona-Fälle am 26. Februar gemeldet. Innerhalb der darauffolgenden drei Wochen (Stand 17. März) stieg die offiziell bestätigte Fallzahl auf 269, davon 189 in der Provinz Sindh. Die Provinz begann Mitte März mit dem Herunterfahren des öffentlichen Lebens. Im benachbarten Iran waren zur gleichen Zeit (17. März) mehr als 17.000 Corona-Fälle offiziell bestätigt. Pakistan berichtet am 17. März den ersten Todesfall durch COVID-19. Premierminister Imran Khan fordert wegen der Corona-Krise einen Schuldenerlass für Entwicklungsländer wie Pakistan.

Der Rat der Religionsgelehrten (*Pakistan Ulema Council*) empfahl in einer Fatwa vom 17. März die Verschiebung religiöser Zusammenkünfte, Alte und Kranke sollten zu Hause beten, das Freitagsgebet wurde eingeschränkt. Das hieß eine kürzere Predigt, Einlassbeschränkungen für nur wenige Besucher, Mindestabstand voneinander. Die Moscheeböden sollten regelmäßig gereinigt werden. Empfehlungen zur sozialen Distanzierung führten zu Problemen im Justizsystem. Gerichte begannen mit Temperaturmessungen an Eingängen, minder wichtige Verhandlungen wurden verschoben, größere Verhandlungen mit geringerem Personalaufwand durchgeführt. Am 17. März verkündete Imran Khan ein Maßnahmenpaket zur Eindämmung der Epidemie. Die Versammlungsfreiheit wurde eingeschränkt, Versammlungen von mehr als vierzig Personen

verboten, sämtliche Bildungseinrichtungen landesweit geschlossen. Zu Ausgangssperren oder der Einstellung des öffentlichen Lebens soll es nicht kommen. Ein Krisenstab stehe in ständigem Austausch mit chinesischen und iranischen Behörden, um von den dortigen Erfahrungen zu lernen. Es gebe keinen Grund zur Panik, und das Hamstern von Grundnahrungsmitteln werde polizeilich geahndet.

## Notstand durch Heuschreckenplage

Am 1. Februar rief Pakistan den Notstand aus. Wüstenheuschreckenschwärme bedrohten die Ernährungssicherheit. Die gefräßigen Insekten verzehrten vor allem die Baumwoll-, Mais- und Weizenernte. Der zunächst diskutierte Vorschlag, aus China eine Armee aus 100.000 Enten anzufordern, wurde von chinesischen Behörden verworfen. Mitte Februar überdachte Pakistan sein Handelsembargo gegen Indien und diskutierte eine einmalige Ausnahme, um Insektizide zu importieren.

## Waffenimporte

Nach einem Bericht des SIPRI (*Stockholm International Peace Research Institute*) vom März 2020 ist Pakistan der elftgrößte Waffenimporteur der letzten fünf Jahre. Indien wird in dem Bericht auf Platz 2 geführt. 73 Prozent der pakistanischen Waffenimporte kamen aus China. Insgesamt sanken im Berichtszeitraum (2015-2019) sowohl Indiens als auch Pakistans Ausgaben für Rüstungsimporte im Vergleich zu den vorangegangenen fünf Jahren (2010-2014). Für Indien betrug der Rückgang rund 32 Prozent, für Pakistan rund 39 Prozent. Hauptgrund für den Rückgang ist im Fall Pakistans die US-amerikanische Entscheidung, die militärischen Hilfgelder an Pakistan einzuschränken. Der Anteil der USA an Pakistans Rüstungsimporten ging von 30 Prozent in den Jahren 2010-2014 auf 4,1 Prozent in den Jahren 2015-2019 zurück. Mit dem Kauf von 30 Kampfhubschraubern und vier Fregatten von der Türkei gehört Pakistan zu den drei wichtigsten Waffenkäufern der Türkei. Zwölf Prozent der türkischen Waffenexporte gingen an Pakistan.

### Staatsbesuch Erdoğan

Am 13. Februar begann ein zweitägiger Staatsbesuch des türkischen Präsidenten in Pakistan. Dies war der vierte Staatsbesuch Erdoğan. Seine letzte Reise nach Pakistan fand 2016 statt. Der Besuch wurde medial enorm gefeiert, seine Rede vor dem pakistanischen Parlament live im Fernsehen übertragen. Beide Länder wollen die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit ausbauen. Die Türkei versicherte Pakistan ihre Unterstützung in der Kaschmirpolitik. Auch in Bezug auf Afghanistan und Palästina vertreten beide Länder ähnliche Positionen. Beide Länder einigten sich auf ein aggressiveres Vorgehen im gemeinsamen Kampf gegen Islamophobie. Erdoğan gilt als der beliebteste Regierungschef in der islamischen Welt, vor dem saudischen König und der iranischen Staatsführung.

### Todesstrafe für Musharraf – verhängt und aufgehoben

General Pervez Musharraf wurde Mitte Dezember 2019 wegen der Ausrufung des Notstandes während der Richterproteste 2007, nach der Absetzung des Obersten Richters, des Hochverrates schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt. Der Prozess dauerte mehr als sechs Jahre. Niemals zuvor wurde ein ranghoher Armeeangehöriger in Pakistan mit der Todesstrafe bedacht. Mitte Januar 2020 hob ein Gericht in Lahore die Todesstrafe auf. Das neue Urteil betrachtet den Prozess gegen Musharraf insgesamt als verfassungswidrig, das Urteil als nichtig. Musharraf ist damit freigesprochen. Beobachter sehen in dem neuen Urteil einen Punktsieg für das Militär. Der 76-jährige ehemalige Präsident lebt seit 2016 im Exil in Dubai, das kein Auslieferungsabkommen mit Pakistan unterhält. Beide Urteile sind primär symbolischer Natur.

### Nawaz Sharif flüchtig

Am 19. November verließ der wegen Korruption inhaftierte ehemalige Premierminister Nawaz Sharif Pakistan, um sich in London medizinisch behandeln zu lassen. Seine Ausreise war am 29. Oktober zunächst für eine Dauer von vier Wochen gestattet, danach sukzessive auf insgesamt 16 Wochen verlängert worden.

Seine Rückkehr hat er allerdings nicht, wie zugesagt, angetreten. Nachdem Fotos von ihm mit Parteikollegen bei einem Restaurantbesuch in sozialen Netzwerken kursierten, stieg der Druck auf das Gericht. Der Justizminister Pandschabs gab an, Nawaz Sharif hätte in London nie ein Krankenhaus aufgesucht. Auf Anfragen der Provinzregierung in Pandschab zu seinen medizinischen Unterlagen hat Nawaz Sharif nicht reagiert. In Pakistan gilt Nawaz Sharif seit dem 25. Februar offiziell als flüchtig. Anfang März bat das Auswärtige Amt Pakistans die britische Regierung formal um die Auslieferung von Nawaz Sharif. Ein allgemeines Auslieferungsabkommen existiert zwischen beiden Ländern nicht. Eine Woche später wurde sein Leibarzt Dr. Adnan Khan in London mit einer Metallstange von zwei maskierten Männern angegriffen und verletzt. In Pakistan wurde eine Diskussion zu den Gesundheitsstandards in Gefängnissen angestoßen, weil vielen das Verständnis fehlt, dass inhaftierte Politiker aus gesundheitlichen Gründen Gefängnisstrafen beenden können.

### Zensurgesetz für soziale Netzwerke

Ein neues Gesetz vom Februar mit dem Titel *Citizens Protection (Against Online Harm) Rules 2020* regelt den Umgang in sozialen Netzwerken. Demnach sollen Unternehmen für Inhalte auf ihren Plattformen verantwortlich gemacht und zur Löschung gezwungen werden können. Innerhalb von drei Monaten mussten Unternehmen, die soziale Plattformen anbieten, ein Büro in Pakistan eröffnen, das als Beschwerdestelle fungiert. Gesetzeswidrige Inhalte mussten binnen 24 Stunden gelöscht werden, und es besteht eine Auskunftspflicht bezüglich verschlüsselter Nachrichteninhalte und Identifikationsdaten der Nutzer/-innen. Bei Verstößen drohen den Unternehmen Bußgeldstrafen bis zu sechs Millionen Euro. Laut Technologieminister Shoaib Ahmad Siddiqui diene das Gesetz der Integrität des Einzelnen und schütze die Heiligkeit der Institutionen. Journalisten kritisierten das Gesetz als Einschränkung der Meinungsfreiheit. Facebook und Twitter sollen in einem Schreiben an den Premierminister angedroht haben, ihre Aktivitäten in Pakistan einzustellen, sollte das Gesetz unverändert bestehen bleiben. Pakistan zählt zu den zehn Ländern mit der geringsten Internetfreiheit.

### Frauenmarsch

Zum Internationalen Frauentag am 8. März kam es in mehreren Städten in Pakistan wieder zu einem Aufmarsch der Frauen (*Aurat March*) mit mehreren Hundert Teilnehmerinnen. Erstmals fand ein Frauenmarsch im Jahr 2018 in Karatschi statt, organisiert von einer Gruppe Feministinnen. Ein zentraler Slogan 2018 war „Koch dir selbst was!“. Von 2019 blieb der Slogan „Finde deine Socken selber“ in Erinnerung. Das diesjährige Motto war Autonomie und Gewalt. Der Widerstand in dem konservativen Land gegen die Frauendemo nahm zuletzt stark zu. Petitionen, die Veranstaltung als islamfeindlich zu verbieten, wurden aber von den Gerichten abgewiesen. Bereits im Vorfeld bezeichnete ein Fernsehmoderator die Feministinnen als Akteure einer vom Ausland gesteuerten Verschwörung zur Verwestlichung und provozierte mit der Aussage, Frauen sollten in Gruppen Männer vergewaltigen, wenn sie Gleichheit anstrebten. Radikalislamische Gruppen wie die TLP (*Tehrik e Labaik Pakistan*) hatten zu Gegendemonstrationen aufgerufen und protestierende Frauen mit Steinen beworfen.

### Polio und Impfgegner

Polio gilt als beinahe ausgerottet, außer in Pakistan und Afghanistan. 2019 sollte auch in Pakistan Polio besiegt werden, aber nun steigen die Infektionszahlen wieder. In den letzten zwölf Monaten traten 91 neue Fälle in Pakistan auf – mehr als siebenmal so viele wie 2018. Die meisten wurden in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa gezählt, in der die Impfaktion unterbrochen wurde, nachdem Impfgegner eine Krankenstation in Brand steckten. Durch die sozialen Netzwerke verbreiten sich Falschmeldungen zu angeblichen gesundheitlichen Risiken der Schluckimpfung heute schneller. Einige Paschtunen glauben, das Gift der Amerikaner diene in Wahrheit der Familienplanung und mache Muslime zeugungsunfähig.

### Christlicher Erntehelfer zu Tode gefoltert

Der 22-jährige Salim Masih verstarb am 28. Februar, drei Tage nachdem er von einem Grundbesitzer mit einer Walze dafür diszipliniert wurde, dass er sich mit dem Wasser einer muslimischen

Wasserpumpe wusch und als Unberührbarer damit die Wasserquelle mutmaßlich verunreinigte. Der Fall erinnert an die christliche Landarbeiterin Asia Bibi. Zwei Muslime wurden vorübergehend festgenommen und kurz darauf wieder freigelassen.

### Paschtunenbewegung

Der 25-jährige Sprecher der Paschtunenbewegung, Manzur Ahmad Pashtin, wurde nach einem Fernsehauftritt Ende Januar vom Militär in Peschawar festgenommen. In den Monaten zuvor war die Berichterstattung zur Paschtunenbewegung massiv zensiert worden. In einem Interview am 21. Januar zog Pashtin die Gültigkeit der pakistanischen Verfassung in Zweifel, da ihm die dort garantierten Grundrechte verweigert würden. Mit ihm wurden rund drei Dutzend Führungsfiguren der paschtunischen Menschenrechtsbewegung PTM (*Pashtun Tahafuz Movement*) inhaftiert. Ihnen wird Volksverhetzung, Verschwörung und Agitation gegen das Militär vorgeworfen. Die PTM fordert ein Ende außergerichtlicher Tötungen und willkürlicher Inhaftierungen von Paschtunen, eine Räumung von Landminen in ihren Gebieten und die Einsetzung einer Wahrheitskommission zur Aufklärung von Verbrechen der Armee gegen paschtunische Zivilisten. Menschenrechtsaktivist(inn)en von Amnesty International und *Human Rights Watch* stufen die Vorwürfe gegen die Paschtunenbewegung als politisch motiviert ein und fordern die sofortige Freilassung aller Inhaftierten. Die rund 23 Millionen Paschtunen bilden eine der größten Minderheiten in Pakistan. Öffentliche Kritik am Militär ist in Pakistan selten und gefährlich. Ende Februar wurde Pashtin gegen Kautions aus dem Gefängnis entlassen.

### Pakistan verbleibt auf grauer Terrorfinanzierungsliste

Seit dem 29. Juni 2018 befindet sich Pakistan auf der sogenannten grauen Liste der *Financial Action Task Force* (FATF), einer internationalen Einrichtung zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorfinanzierung. Die FATF erteilte Pakistan Mitte Februar 2020 eine weitere viermonatige Verlängerungsfrist bis Juni 2020, um insgesamt 27 angemahnte Maßnahmen zur Eindämmung von Geldwäsche und Terrorfinanzierung umzusetzen.